



Geschäftsführung Ausschuss Soziales und Senioren

Herr Diener

Telefon: (0221) 221 - 27467

Fax: (0221) 221 - 29047

E-Mail: sebastian.diener@stadt-koeln.de

Datum: 10.08.2018

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 14.06.2018, 15:30 Uhr bis 18:50 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Paetzold	SPD
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Frau Katja Hoyer	FDP
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Herr Dr. Walter Schulz	SPD
Frau Maria Verena Fontanazza-Russo	CDU
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Horst Ladenberger	auf Vorschlag der Grünen
Frau Luisa Schwab	Grüne
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU	Vertretung von RM Herrn Welter.
Herr Stephan Pohl	CDU	Vertreter von RM Herrn Klausling.

Beratende Mitglieder

Herr Thomas Hegenbarth	BUNT
Herr Tobias Scholz	GUT
Frau Carolina Brauckmann	Rubicon e.V.
Frau Figen Maleki Balajou	LiL
Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der SPD
Herr Markus Peters	auf Vorschlag der CDU
Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen
Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen

Frau Monika Reisinger	auf Vorschlag der Grünen
Herr Michael Scheffer	DIE LINKE.
Frau Elke Lerchner	auf Vorschlag der FDP
Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk Köln und Region
Herr Peter Krücker	Caritasverband
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Christof Wild	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.
--------------------	--

Beratende Mitglieder

Herr Dr. Dr. Herbert Mück	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr David Klapheck	Synagogen-Gemeinde Köln

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Christoph Klausung	CDU	Vertreten durch RM Herrn Pohl.
Herr Thomas Welter	CDU	Vertreten durch RM Herrn Dr. Gutzeit.

Beratende Mitglieder

Herr Marcel Hagedorn	SPD
Herr Helmut Nickenig	auf Vorschlag der AfD-Fraktion

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Antonella Giurano	Italiani per Colonia
Herr Michael Müller	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Beratende Mitglieder

Frau Vicky Püllen	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU
Herr Günter Jachtner	auf Vorschlag der CDU

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Marita Bosbach	Deutsches Rotes Kreuz
---------------------	-----------------------

Beratende Mitglieder

Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
-------------------------	---

Herr Carsten Effert	Arbeiterwohlfahrt
Frau Cornelia Harrer	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Monika Kuntze	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Herr Marc Ruda	DRK Kreisverband Köln
Frau Martina Schönhals	Diakonisches Werk Köln und Region
Frau Stella Shcherbatova	Synagogen-Gemeinde Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Thilo Fußén	Aidshilfe Köln e.V.
Frau Felicitas Vorpahl-Allweins	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold begrüßt zu Beginn alle Anwesenden und insbesondere RM Herrn Hegenbarth, welcher dem Ausschuss von nun an beratend zur Seite stehen werde.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold eröffnet die Tagesordnungsdebatte. Er teilt mit, dass die Verwaltung TOP 3.1 zurückgezogen hat.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau erklärt, dass das erstellte Konzept nicht im Sinne der antragstellenden Fraktionen sei. Daher habe die Verwaltung sich dazu entschlossen, diese Vorlage zurück zu ziehen und in der Septembersitzung eine neue Vorlage vorzulegen.

RM Frau Gärtner teilt mit, dass ihre Fraktion Fragen und Anregungen zu dem Thema habe und fragt, ob der Punkt nicht daher auf der Tagesordnung bleiben könne.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau schlägt vor, dass die Verwaltung die Vorlage zurückgezogen lasse und die Fraktionen unter TOP 11.3 mündliche Anfragen ihre Anregungen unterbringen können.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold merkt an, dass es dennoch schade sei, da die Senioren bereits im Sommer radeln sollten und durch die Verschiebung auf September nun die guten Sommermonate wegfallen.

Bezüglich TOP 4.1 erklärt er, dass der Tagesordnungspunkt mit der letzten Sitzung erledigt und beschlossen sei, durch einen technischen Fehler jedoch nicht mehr von der Tagesordnung genommen werden konnte.

Er kündigt an, dass er an den Beratungen zu TOP 5.1 wegen Befangenheit nicht teilnehmen werde und die Sitzungsleitung für diesen Punkt an die stellvertretende Ausschussvorsitzende RM Frau Heuser übergeben werde.

Des Weiteren schlägt er vor, TOP 9.4, TOP 11.2.1 und TOP 12.5 in die nächste Sitzung wegen Beratungsbedarf zu schieben.

RM Herr Detjen entgegnet, dass er in der letzten Sitzung gefordert habe, dass zu TOP 9.4 die Berichte in die Sitzung gegeben werden. Dies sei geschehen, den Tagesordnungspunkt nun zu verschieben halte er der Verwaltung gegenüber für nicht fair. Da diese aber voraussichtlich nicht alle Fraktionen gelesen haben, werde er dem Vorschlag dennoch zustimmen.

RM Frau Hoyer fragt die Verwaltung, weshalb TOP 4.2 in der Bezirksvertretung Mülheim zurückgestellt wurde. Sie wolle nicht die Bezirksvertretung bei einem Beschluss übergehen und würde die Hintergründe gerne wissen.

Frau Adams, Leiterin der Abteilung Wohnraumversorgung teilt mit, dass ihr die Gründe der Bezirksvertretung nicht vorliegen.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold schlägt vor, den Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung zu verschieben, um vorher mit der Bezirksvertretung Rücksprache halten zu können.

Die Tagesordnung wird **einstimmig** wie folgt festgelegt:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 2.1 Antrag der Fraktion Die Linke betreffend "Gebührenbefreiung für die Ausstellung von Ausweispapieren"
AN/0209/2018

Gebührenbefreiung für die Ausstellung von Ausweispapieren
1534/2018

3 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 3.1 Radeln ohne Alter
1747/2018

4 Ausschussempfehlungen an den Rat

- 4.1 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. o.Nr., 50765 Köln-Blumenberg - Planungsbeschluss
0482/2018
- 4.2 Neubau eines Mehrfamilienhauses im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Berliner Straße 219a, 51063 Köln-Mülheim - Planungsbeschluss
0479/2018
- 4.3 Planung eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Deutzer Weg ohne Nummer in 51143 Köln (Porz-Zentrum)
1129/2018
- 4.4 Machbarkeitsstudie für konventionelle Wohnhäuser zur Flüchtlingsunterbringung auf dem Sportgelände an der Widdersdorfer Landstraße / Johanniterstraße, 50859 Köln-Lövenich
1536/2018

4.5 Umbau des Verwaltungsgebäudes an der Friedrich-Naumann-Straße 2, 51149 Köln zu einer Unterkunft für Geflüchtete - Einstellung der weiteren Planungen
2465/2016/2

4.6 Wahl eines Vertreters einer sachkundigen Einwohnerin in den Ausschuss Soziales und Senioren
0556/2018

5 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

5.1 Beratung für Männer in Problemlagen
hier: Einmalige Förderung der Männerberatung des Sozialdienst Katholischer Männer (SKM) Köln e.V. im Haushaltsjahr 2018
1499/2018

6 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

7 Wohnen

7.1 Anfragen und Beantwortungen

8 JobCenter Köln

8.1 Anfragen und Beantwortungen

8.1.1 Datenschutz im Jobcenter
AN/0942/2018

8.1.2 Beantwortung einer Anfrage zum Bericht des Jobcenter Köln betreffend "Ausbildungszuschüsse" aus der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 01.03.2018
1897/2018

8.2 Bericht des Jobcenter Köln
1822/2018

9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

9.1 Anfragen und Beantwortungen

9.1.1 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Steigende Kosten für das Flüchtlingszentrum „Fliehkraft“"
AN/0599/2018

Beantwortung der Anfrage der Fraktion DIE LINKE AN/0599/2018 - Steigende Kosten für das Flüchtlingszentrum „Fliehkraft“
1559/2018

- 9.1.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Unterbringung von Flüchtlingen"
AN/0775/2018

Beantwortung betreffend "Unterbringung von Flüchtlingen"
1901/2018

- 9.1.3 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Nutzung von Leichtbauhallen"
AN/0952/2018

- 9.2 Thema Flüchtlingsunterbringung
1335/2018

- 9.3 KOMM-AN
1725/2018

- 9.4 Bericht der drei Träger Auszugsmanagement für den Zeitraum 15.10.2015 -
31.12.2017
1516/2018

- 9.5 Mitteilung einer Beantwortung der Anfrage "Schulbildung für junge Geflüchtete
ab dem 19. Lebensjahr" (AN/1174/2017)
1846/2018

10 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten

- 10.1 „Wie inklusiv ist das Quartier?“
hier: Generationengerechtigkeit und Barrierefreiheit zweier Wohnquartiere
1545/2018

11 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 11.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen

- 11.1.1 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend
"Erläuterung von amtlichen Bescheiden in „Leichter Sprache“"
AN/0463/2018

Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen betreffend "Erläuterung von amtlichen Bescheiden in „Leichter
Sprache“"
1917/2018

- 11.1.2 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend
"Verbraucherberatung im Quartier : Jahresbericht 2017 und 2. Sachstandsbe-
richt (0465/2018)"
AN/0581/2018

Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen (AN/0581/2018) betreffend "Verbraucherberatung im Quartier: Jahresbericht 2017 und 2. Sachstandsbericht (0465/2018) 1488/2018

11.1.3 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Angebote für Obdachlose" AN/0646/2018

11.1.4 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zu TOP 12.1 der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 19.04.2018 zum Projektbericht Clearingstelle Migration und Gesundheit Köln 1721/2018

11.1.5 Beantwortung einer mündlichen Nachfrage aus dem Ausschuss Soziales und Senioren am 19.04.2018 zum TOP 12.3 Mitteilung zur Veranstaltung "gesund & mobil im Alter" 1658/2018

11.1.6 Beantwortung einer mündlichen Anfrage des SE Dr. Dr. Mück betreffend "Gewalt in der Pflege" 1840/2018

11.1.7 Beantwortung einer mündlichen Nachfrage des RM Herrn Klausung betreffend "Ehrenamtskarte und Jugendleitercard (JuLeiCa)" 1938/2018

11.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen

11.2.1 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Obdachlosigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen" AN/0815/2018

Beantwortung der Anfrage der Fraktion „Die Linke“ vom 22.05.2018 zum Thema „Obdachlosigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen.(AN/0815/2018) 1792/2018

11.2.2 Anfrage der Gruppe "Bunt" betreffend "Arbeitsmarktintegration und Ausbildungsduldungen" AN/0940/2018

11.3 Mündliche Anfragen

12 Mitteilungen

12.1 Erste Ergebnisse nach Erweiterung der Öffnungszeiten der Kontakt- und Anlaufstelle sowie Drogenkonsumraum am Hauptbahnhof (KAD 1) 1710/2018

- 12.2 Informationskarten für Seniorinnen und Senioren
1748/2018
- 12.3 Aufwandsentschädigung, Sitzungsgeld und Unterstützung von Gremienmitgliedern
1724/2018
- 12.4 Bericht über die Entwicklung von Ausreisen und Abschiebungen ausreisepflichtiger Personen (I/2018)
1767/2018
- 12.5 Bericht über die örtliche Planung nach § 7 Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW)
1656/2018
- 12.6 Aufhebung des Vergabeverfahrens „Hausmeister- und Sicherheitsdienstleistungen in den Einrichtungen für obdachlose Personen und den Übergangswohnheimen für Aussiedler und ausländische Flüchtlinge der Stadt Köln“
1940/2018
- 12.7 Neues Amt für Integration und Vielfalt
1828/2018

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Antrag der Fraktion Die Linke betreffend "Gebührenbefreiung für die Ausstellung von Ausweispapieren" AN/0209/2018

Der Ausschuss Soziales und Senioren sieht den Antrag als erledigt an.

Gebührenbefreiung für die Ausstellung von Ausweispapieren 1534/2018

RM Herr Detjen erläutert den Antrag dahingehend, dass insbesondere Geflüchtete oft für Reisepässe etc. das Geld nicht bezahlen können. Im Personalausweisgesetz sei festgehalten, dass bei Bedürftigen auf eine Kostenerstattung verzichtet werden könne. Das Verfahren sei dort nicht geregelt und daher stelle seine Fraktion diesen Antrag.

Die Verwaltung argumentiere, dass die Kosten hierfür bei den Leistungen einberechnet werden.

Das sei jedoch eine altertümliche Argumentation, da die Erhöhung der Regelsätze pauschal sei und nicht auf die einzelnen Gruppierungen angepasst wird.

Wenn dieser Logik gefolgt werde, müsse eine Person somit zehn oder zwanzig Jahre sparen. Beispielsweise in Düsseldorf können Bedürftige die Kostenübernahme beantragen. Hierauf könne er sich verständigen, diesen Kompromiss könne er aus der Verwaltungsvorlage nicht erkennen.

Daraus resultiere für seine Fraktion, dass seine Fraktion versuche werden, jemanden zu finden, der hier den Klageweg beschreitet, um diese Problematik zu klären.

In Berlin habe es ein Urteil hierzu gegeben, welches zugunsten der Antragsteller ausgefallen sei.

RM Frau Heuser erklärt, dass auf Seite zwei der Stellungnahme der Verwaltung stehe, dass einzelfallbezogene Prüfungen im SGB vorgesehen seien. Somit sehe sie diese Sache als erledigt an.

RM Frau Gärtner teilt mit, dass die Warenkörbe auch im Einzelnen angeschaut werden und nicht nur pauschal. Die Kostenübernahme sei in dem monatlichen Beitrag enthalten und sie sei der Auffassung, dass es zumutbar sei, diesen Betrag auch zu bezahlen. Es stehe in der Vorlage ausdrücklich, dass auf die Verwaltung zugegangen werden könne und dann ein Antrag auf Befreiung gestellt werden könne.

Würde die Befreiung pauschal erteilt würde eine indirekte Doppelfinanzierung vorliegen.

Außerdem beinhalte der Antrag, lediglich einen Prüfauftrag. Das Ergebnis hierzu liege vor und somit sei der Antrag erledigt.

SB Herr Dr. Schulz sagt, dass ein Antrag auf ein Darlehen gestellt werden könne. Dieses könne über zehn Jahre erteilt werden. Er fragt, ob das im Sinne eines ange-

messenen Umgangs mit öffentlichen Mitteln sei, einen Antrag über ein Darlehen von 30 Euro stellen zu können, das zu prüfen usw.

Frau Steinraths, stellvertretende Amtsleiterin des Amtes für Soziales und Senioren antwortet, dass ein Darlehen in solcher Höhe nicht über zehn Jahre andauere.

RM Frau Hoyer unterstreicht die Beiträge ihrer Vorrednerinnen. Ein Aspekt werde in der Stellungnahme der Verwaltung jedoch sehr deutlich. Die Verwaltung erhebe lediglich die Sachkosten, die Dienstleistung der Verwaltung sei in den Gebühren nicht mit inbegriffen.

Die Kostenaufhebung habe als Folge eine Gebührenerhebung, da mehr Personalkosten inkludiert seien. Das belaste insbesondere die Menschen, die knapp über dieser Freistellungsgrenze seien.

Außerdem bemängelt sie, dass die Stellungnahme der Verwaltung schwierig zu lesen und verstehen gewesen sei.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold merkt an, dass dies ein Prüfauftrag der Fraktion Die Linke gewesen sei. Dieser sei durch die Stellungnahme der Verwaltung erledigt, da sie geprüft habe. Offen sei seiner Meinung nach noch der zweite Punkt des Antrags.

Des Weiteren hinterfragt er kritisch, wie hoch die Kosten der Verwaltung eines Kredits in Höhe von 29 € seien.

RM Frau Heuser fragt, wie oft es vorkomme, dass ein Antrag auf ein Darlehen gestellt werde.

Frau Brimmer, Vertreterin des Amtes Bürgerdienste, begründet die lange Wartezeit der Stellungnahme darin, dass es eine Neuorganisation gegeben habe und das jetzt zuständige Amt erst seit kurzem existiere. Sie bittet darum, das zu entschuldigen.

Reisepass und Bundespersonalausweis seien zwei unterschiedliche Rechtstatbestände und hier müsse grundsätzlich unterschieden werden. Es gebe zwei rechtliche Gebührevorschriften, was die unterschiedliche Höhe der Gebühren erkläre.

Die erhobenen Gebühren decken bei weitem nicht die Kosten, die als Aufwand bei der Erstellung und Ausstellung des Bundespersonalausweises entstehen. Es liege somit generell bereits ein Defizitgeschäft vor. Vor diesem Hintergrund bestehe kein erhöhtes Interesse daran die Gebühren zu erlassen.

In der Verwaltungspraxis werde darauf hingewiesen, dass die Gebühren in voller Höhe zu bezahlen seien und alternativ verweise man auf den Sozialhilfeträger. Wie viele dann von diesem Weg Gebrauch machen sei ihr nicht bekannt.

Frau Steinraths teilt mit, dass diese Anträge in den Außenstellen bislang nicht angekommen seien.

RM Herr Detjen entgegnet, dass es diese Anträge nicht gebe, weil die Menschen nicht wissen, dass sie theoretisch ein Recht darauf haben, diesen Antrag zu stellen. Dieses Recht leite sich aus dem Personalausweisgesetz ab. Ein Darlehen führe dieses ganze Problem ad absurdum.

Daher werde er mit sozialen Trägern versuchen, den Klageweg zu bestreiten.

Frau Steinraths sagt, dass der Weg bereits geebnet sei, wie Frau Brimmer erwähnt habe. Die betroffenen Fälle schicke man bereits zur Sozialverwaltung, damit diese solch einen Antrag stellen können. Somit sind die Menschen informiert und wissen das. Mit einer Klage könne die Thematik aber abschließend geklärt werden.

SE Frau Hollmann erklärt, dass sie es so verstehe, dass den Bürgerinnen und Bürgern gesagt werde, dass die Gebühren zu entrichten seien und eben nicht die Möglichkeit des Antrages dargestellt werde.

Sie halte es für einen Kompromiss, wenn sich das Sozialamt dazu verpflichtet fühle, dass die Sozialberatungen dieses Thema aufnehmen und die Leute darüber aufklären, dass es diese Möglichkeit der Antragstellung und Einzelfallprüfung gebe.

Frau Brimmer erläutert, dass die ca. 170 Frontleute in Köln so instruiert seien, dass es Pflicht sei, dies zu bezahlen. Wem das nicht möglich sei, der werde auf den Weg zum Sozialhilfeträger hingewiesen.,

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold merkt abschließend an, dass der gestellte Prüfauftrag erfüllt sei und fragt den Antragsteller, ob er einen Änderungsantrag stellen wolle.

RM Herr Detjen stellt folgenden Änderungsantrag:

„Die Verwaltung wird beauftragt, eine Vorlage zu erstellen, wie Menschen mit wenig Einkommen von der Gebühr befreit werden.“

Frau Brimmer weist darauf hin, dass das erstinstanzliche Gerichtsurteil in Berlin bundesweit einzigartig sei und im Tenor ausdrücklich darauf hinweise, dass es mit dem Urteil nicht um eine generelle Gebührenbefreiung gehe, sondern dass es sich bei dem Urteil um eine Einzelfallprüfung handle, bei der besondere Einzelfallumstände vorgelegen haben.

Daraus könne nicht der Beschluss abgeleitet werden, dass eine generelle Gebührenbefreiung installiert werden könne. Ob und in welchem Umfang eine Gebührenbefreiung gewährt werde, sei eine Frage des Einzelfalls

RM Frau Heuser bittet darum, dem Ausschuss das Urteil als Information zukommen zu lassen.

Frau Brimmer teilt mit, dass auf der Internetseite des VG Berlin der Grundtenor veröffentlicht sei. Diesen werde sie für die Niederschrift zur Verfügung stellen.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold fragt den Antragsteller, ob er seinen Antrag aufrechterhalten wolle.

RM Herr Detjen bejaht dies.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Vorlage zu erstellen, wie Menschen mit wenig Einkommen von der Gebühr befreit werden.

Abstimmungsergebnis Änderungsantrag:

Mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion DieLinke bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmgleichheit **abgelehnt**.

3 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Radeln ohne Alter 1747/2018

Die Verwaltung zieht die Vorlage vor der Sitzung endgültig zurück.

4 Ausschussempfehlungen an den Rat

4.1 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. o.Nr., 50765 Köln-Blumenberg - Planungsbeschluss 0482/2018

Die Vorlage wurde bereits in der Sitzung vom 17.05.2018 beschlossen und wird daher nicht in der Sitzung behandelt.

4.2 Neubau eines Mehrfamilienhauses im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Berliner Straße 219a, 51063 Köln-Mülheim - Planungsbeschluss 0479/2018

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt vor Eintritt in die Tagesordnung, die Vorlage zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu schieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

4.3 Planung eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Deutzer Weg ohne Nummer in 51143 Köln (Porz-Zentrum) 1129/2018

SE Frau Reisinger sagt, dass bei dem Bau zwei Etagen geplant seien. Es herrsche Wohnungsnot in der Stadt und sie fragt, wieso man hier keine drei Etagen bauen könne.

Frau Adams antwortet, dass die Bebauung der Umgebung angepasst sein müsse.

SB Herr Ladenberger bittet darum auch rollstuhlgerechte Wohnungen vorzusehen.

Frau Adams teilt mit, dass sie das unter barrierefrei verstehe. Es werde versucht, das in vielen Wohnungen umzusetzen.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold fragt, ob er das richtig verstehe, dass wenn die Verwaltung von Barrierefreiheit spricht, sie von rollstuhlgerecht redet.

Frau Adams bestätigt dies für Erdgeschosswohnungen.

Herr Dr. Bell, Behindertenbeauftragter der Stadt Köln, weist darauf hin, dass die Anforderung einer rollstuhlgerechten Wohnung deutlich zu unterscheiden seien von Barrierefreiheit. Es sei nicht so, dass alle Erdgeschosswohnungen rollstuhlgerecht ausgeführt werden.

SB Herr Dr. Schulz fragt, was autarke Barrierefreiheit bedeute.

Frau Adams teilt mit, dass es sich hier um abgeschlossene Wohneinheiten handle.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat:
Der Rat möge beschließen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, Planungen zu einem Neubau im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem Grundstück Deutzer Weg, o. Nr., Gemarkung: Köln-Porz, Flur: 2 und 3, Flurstücke: 2131 und 1212 aufzunehmen.

Hierzu wird die Verwaltung ermächtigt, auf der Basis der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) Fachplaner mit der Vorplanung zur Neubebauung zu beauftragen und die notwendigen Stellungnahmen (Statik, Vermessung, Boden- und Schadstoffgutachten etc.) einzuholen. Die voraussichtlichen Kosten für die Leistungsphasen 1-3 (Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung) betragen rund 200.000 Euro.

Zur Finanzierung der erforderlichen investiven Auszahlungen in Höhe von insgesamt 200.000 € stehen für das Haushaltsjahr 2018 im Teilfinanzplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 - Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei der Finanzstelle 5620-1004-0-5999 die notwendigen Mittel zur Verfügung. Diese Mittel werden im Rahmen einer Sollverlagerung zu Finanzstelle 5620-1004-7-5197 umgeschichtet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**4.4 Machbarkeitsstudie für konventionelle Wohnhäuser zur Flüchtlingsunterbringung auf dem Sportgelände an der Widdersdorfer Landstraße / Johanniterstraße, 50859 Köln-Lövenich
1536/2018**

SB Herr Dr. Schulz bittet darum den Sportplatz zu erhalten.

Frau Adams teilt mit, dass der Sportplatz erhalten bleiben soll.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat:
Der Rat möge beschließen.

Beschluss:

Der Rat beschließt auf der Grundlage der von der Verwaltung durchgeführten Machbarkeitsstudie, die weiteren Planungen für konventionelle Wohnhäuser zur Flüchtlingsunterbringung auf dem Sportgelände an der Widdersdorfer Landstraße / Johanniterstraße, 50859 Köln-Lövenich, einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

4.5 Umbau des Verwaltungsgebäudes an der Friedrich-Naumann-Straße 2, 51149 Köln zu einer Unterkunft für Geflüchtete - Einstellung der weiteren Planungen 2465/2016/2

RM Frau Gärtner bittet darum, nicht wie die Bezirksvertretung Porz abzustimmen, sondern entsprechend dem Verwaltungsvorschlag. Der Beschlussvorschlag der BV Porz stehe nicht im Gegensatz zum Verwaltungsvorschlag. Sie sei der Auffassung, dass dies als Anregung mitgenommen werden solle, aber sie wolle sich nicht schon halbwegs darauf festlegen, falls andere Möglichkeiten bestehen.

RM Frau Heuser fragt, ob es denn bereits eine Planung zur Nutzung des Gebäudes gebe.

Frau Adams antwortet, dass es verwaltungsintern Diskussionen gebe und dass dringend Flächen für Schulen und KiTas gesucht werden. Für eine KiTa sei dieses Gebäude indiskutabel, aber die Schulpartei habe sich noch nicht abschließend geäußert, ob das Gebäude auch eventuell auch für eine Schule in Frage käme.

Sie plädiere dafür die allgemeine Fassung zu beschließen, die alle Optionen offen lasse. Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold entgegnet, dass der Beschlussvorschlag der Bezirksvertretung keinen einschränkenden Charakter habe, sondern nur eine Idee einführe.

Aus dem Grund lässt er den Beschlussvorschlag der Bezirksvertretung Porz beschließen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt wie die Bezirksvertretung Porz folgende Empfehlung an den Rat:
Der Rat möge beschließen.

Geänderter Beschluss (Änderungen kursiv):

Der Rat beschließt, die weitere Planung zur Sanierung des städtischen Gebäudes Friedrich-Naumann-Straße 2, 51149 Köln (Verwaltungsgebäude) zu einer Unterkunft für Geflüchtete einzustellen.

Er beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung, inwieweit das Objekt einer anderen Nutzung zugeführt werden kann.

Hier ist wegen der hervorragenden Lage zu überregionalen Verkehren vor allem die Möglichkeit zu prüfen ein Porzer Technologiezentrum für StartUp-Unternehmen zu errichten. Dies schließt die Möglichkeit ein, das Objekt unter Berücksichtigung der vorgenommenen wertsteigernden Maßnahmen wieder zu veräußern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

4.6 Wahl eines Vertreters einer sachkundigen Einwohnerin in den Ausschuss Soziales und Senioren 0556/2018

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat:
Der Rat möge beschließen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln wählt als stellvertretende sachkundige Einwohnerin für Frau Ulrike Volland-Dörmann, Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Köln e.V. (AWO Köln)

Frau Anja Ramos da Cruz Jorge

anstelle von Herrn Carsten Effert in den Ausschuss Soziales und Senioren

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

5 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

5.1 Beratung für Männer in Problemlagen

**hier: Einmalige Förderung der Männerberatung des Sozialdienst Katholischer Männer (SKM) Köln e.V. im Haushaltsjahr 2018
1499/2018**

Zu Beginn des Tagesordnungspunkts übernimmt RM Frau Heuser die Sitzungsleitung.

SB Frau Schmerbach sagt, dass ihre Fraktion zustimmen werde. Sie hätte noch gerne eine Übersicht von allen Beratungsstellen für Männer, da sie wisse, dass es diese Übersicht für Beratungsstellen für Frauen gebe.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau sagt zu, diese Übersicht zur Verfügung zu stellen.

RM Frau Schwab merkt an, dass sie es grundsätzlich sehr gut findet, dass sich dem Gewaltschutz verschrieben werde und diesbezüglich präventiv in Kitas und Schulen gegangen werde. Die präventive Täterarbeit komme ihr zu kurz und sie hoffe, dass das Thema nach einer Evaluierung mehr in den Fokus gerückt werde.

Des Weiteren erachte sie die Ausführungen zum Thema Väterarbeit ebenfalls für zu kurz, da die Betroffenen lediglich an Organisationen weitergeleitet werden, wo auch kritische dabei seien. Sie fragt, mit welchen Gruppen zusammengearbeitet werde.

Außerdem weist sie darauf hin, dass 12 Männer auf der Warteliste stehen. Wenn dies im Vergleich zu den Wartelisten bei Frauen gesetzt werde, wünsche sie sich doch eine äquivalente Finanzierung der Frauenorganisationen.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau antwortet, dass dies eine Beschlussvorlage der Verwaltung sei, angestoßen durch den politischen Veränderungsnachweis-. Die Verwaltung habe den Auftrag so verstanden, dass nicht nur Mittel bereitgestellt werden sollen, sondern auch das vorliegende Konzept umgesetzt werden solle.

Er könne die gestellten Fragen verstehen, aber es würden lediglich die Sachen umgesetzt, die der Verwaltung so aufgetragen wurden.

Außerdem habe er die Sorge, da es sich um einen einmaligen Zuschuss handle, dass Ende des Jahres der Zuschuss verbraucht sei und das Projekt dann eingestellt werden müsse.

SE Herr Dr. Dr. Mück beurteilt das Projekt für sehr positiv. Bezüglich der Wartezeit rege er an, ob die Möglichkeit bestehe, die Menschen nicht wöchentlich sondern vierzehntägig zu betreuen, um so die Wartezeiten optimieren zu können.

SE Frau Hollmann schließt sich dem Beigeordneten Herr Dr. Rau an, was den Unsicherheitsfaktor der lediglich einjährigen Finanzierung eines Projektes betreffe. Sie fragt ebenfalls, wie es danach weitergehe. Dies impliziere, dass ein Druck entstehe,

dass es eine Weiterfinanzierung geben müsse. Hier fragt sie nach der Sicht der Träger.

RM Frau Gärtner erklärt, dass ein politischer Veränderungsnachweis eingekommen sei. Dieser habe nicht eine nur einmalige Förderung vorgesehen.. Es sei jedoch klar, dass diese Projekte haushaltsjährlich für ein Jahr gefördert werden. Man habe es im Haushalt zugesetzt, da man dort eine Versorgungslücke gesehen habe.

Es könne sein, dass sich herausstelle, dass man diesen Bedarf anderweitig abdecken könne oder eben dass der Bedarf sehr dringend sei und somit - wenn möglich - fortgeführt werden müsse.

Daher könne sie nicht nachvollziehen, dass sich Sorgen gemacht werden.

Sie schlägt vor, die Fragen von RM Frau Schwab an die Träger weiterzuleiten, damit diese sich damit beschäftigen und eventuell diese Themen vertiefen.

RM Frau Hoyer merkt an, dass sie ebenfalls nicht verstehen könne, wieso die Laufzeit nun als Problem dargestellt werde. Im Sozialausschuss habe man schon öfters Gelder für Projekte ausgegeben, die lediglich für ein Jahr angesetzt waren.

Wenn der Ausschuss überzeugt sei, dass ein Bedarf bestehe, habe er immer Gelder freigegeben. In diesem Bereich sei tatsächlich ein Bedarf.

Sie weist darauf hin, dass Männer- und Frauenberatung nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfe, indem auf die unterschiedlich langen Wartelisten verwiesen werde.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende RM Frau Heuser sagt, dass aus dem letzten Bericht „Netzwerk gegen häusliche Gewalt“ die Zahlen hervorgehen, wie viele der Opfer männlich seien. Dort werde gesagt, dass es Beratungsstellen gebe, welche die Opferberatung durchführen. Sie fragt, wer in Köln dafür zuständig sei.

SE Frau Volland-Dörrmann erläutert, dass im Rahmen des Gewaltschutzgesetzes die Frauenberatungsstellen der Diakonie Michaelshoven und der SKF Köln existieren. Des Weiteren gebe es in Förderung durch die Stadt Köln, respektive dem Jobcenter Köln, das Projekt „Mann sein ohne Gewalt“, das in weiten Teilen auch eine Schnittmenge zu dem neuen Projekt des SKM biete. Daher biete sie an, dass sie mit dem SKM in Kontakt treten werde, um gemeinsam arbeiten zu können, da es hier Schnittmengen gebe, wo man zusammenarbeiten könne.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende RM Frau Heuser greift den letzten Bericht „Netzwerk gegen häusliche Gewalt“ erneut auf. Dort seien anderen Zahlen gegeben, als in der Vorlage. Laut Bericht liegen diese Zahlen bei 7 / 8 %, wobei männliche Opfer auch Kinder beinhalten. Sie fragt, wie die 20 % zustande kommen, die in der Vorlage stehen.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau antwortet, dass dort vermutlich stehe und die Zahl die Dunkelziffer inkludiere.

SE Herr Peters teilt mit, dass sich diese Studien auf Dunkelziffern beziehen. Der SKM biete an mit jeder interessierten Gruppe ins Gespräch zu kommen und auch mögliche Kooperationsmöglichkeiten bei Schnittstellen zu besprechen.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende RM Frau Heuser übergibt nach der Abstimmung die Sitzungsleitung wieder an RM Herrn Paetzold.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Finanzausschuss:

Der Finanzausschuss möge beschließen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beauftragt die Verwaltung, die im Haushaltsplan 2018 im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, in Zeile 15, Transferaufwendungen veranschlagten Mittel zur einmaligen Bezuschussung von Maßnahmen zur Beratung von Männern in Problemlagen in Höhe von 60.000 € an den Sozialdienst Katholischer Männer (SKM) Köln e.V. zu bewilligen und auszu zahlen.

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der Mittel in Höhe von 60.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

6 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

7 Wohnen

7.1 Anfragen und Beantwortungen

8 JobCenter Köln

8.1 Anfragen und Beantwortungen

**8.1.1 Datenschutz im Jobcenter
AN/0942/2018**

**8.1.2 Beantwortung einer Anfrage zum Bericht des Jobcenter Köln betreffend
"Ausbildungszuschüsse" aus der Sitzung des Ausschusses Soziales
und Senioren am 01.03.2018
1897/2018**

SB Herr Ladenberger bedankt sich für die Beantwortung.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**8.2 Bericht des Jobcenter Köln
1822/2018**

SB Herr Dr. Schulz merkt an, dass aktuell wenig Bewegung beim Integration Point sei. Gleichzeitig seien ihm verschiedene Fälle vorgetragen worden, dass Menschen mit Fluchterfahrung an den Integration Point gekommen seien. Diese hätten Fragen nach Anerkennung der Berufsunterlagen gehabt, und sie wären daraufhin mit der Begründung abgewiesen worden, dass die Übersetzung und Anerkennung der Unterlagen erst erfolgen könne, wenn die entsprechenden Sprachunterrichtungen B1 und B2 erfolgreich abgeschlossen worden seien. Er fragt, ob das so richtig sei, da damit eine

zeitliche Verschiebung von mindestens einem halben Jahr verbunden sei, bis dann das Anerkennungsverfahren eingeleitet werde.

SB Frau Schmerbach bedankt sich für den guten Abschlussbericht „MitArbeit! in Köln“. Es handle sich hierbei um ein hervorragendes Projekt, welches aber wie alle Projekte endlich sei. Sie fragt, ob das Projekt weitergeführt werden könne durch eine Umschichtung des Gesamtetats.

Als zweiten Punkt fragt sie, in wie weit beim Thema Sozialer Arbeitsmarkt, bei dem Programm des Bundes Menschen mit Einschränkungen mit einbezogen werden können

SE Frau Hollmann sagt, dass seitens des Jobcenter berichtet wurde, dass im Integration Point eine hohe Fluktuation an Mitarbeitern vorliege. Dies stehe im Bericht erneut und sie fragt, ob es interne Schwierigkeiten gebe oder woran das liege, da es auch für die Zielgruppe nicht förderlich sei, wenn ständig die Ansprechpartner wechseln.

Des Weiteren habe sie den in der letzten Sitzung erwähnten „Bescheiderklärer“ nicht gefunden und bittet darum, zur Niederschrift einen Link nachzureichen.

Frau Aulke, Vertreterin des Jobcenter Köln, antwortet, dass ihr die von SB Herrn Dr. Schulz erwähnte Praxis bei der Anerkennung der Berufsunterlagen nicht bekannt sei Sie werde diesbezüglich im Nachgang berichten, wie es dazu gekommen sei.

Sie bestreitet, dass es einen ständigen Personalwechsel gebe. Es bestand die Situation einer erhöhten Vakanz im Integration Point. Hierfür habe es aber keine besonderen Gründe gegeben, sondern es haben sich für die Mitarbeiter im Integration Point andere Möglichkeiten ergeben. Die Vakanz seien ausgeschrieben worden und zum größten Teil wurden diese auch besetzt. Dadurch habe dieser Bereich wieder eine stabile Zahl.

Der Internetlink für den „Bescheiderklärer“ werde der Niederschrift beigefügt.

Herr Viereck, Vertreter des Jobcenter Köln, bedankt sich für das Lob für das Projekt und auch für die Broschüre von „MitArbeit! in Köln“. Projekte enden meistens nach drei Jahren. Die Fortführung sei aufgrund der gesetzlichen Gegebenheiten nicht identisch möglich gewesen. Die neuen Erkenntnisse, welche gewonnen wurden, werde man aber in andere Projekte einfließen lassen.

Bezüglich des Bundesprogramms merkt er an, dass eine Einzelfallförderung möglich sei. Die Zugangsvoraussetzung für die Förderung sei derzeit, dass in den letzten sieben Jahren sechs Jahre lang Leistungen nach dem SGB II bezogen wurden. Eine Förderung sei für fünf Jahre vorgesehen. Aktuell gebe es hierzu einen Referentenentwurf, zum Ende des Jahres werde dieser voraussichtlich genauer ausgestaltet sein.

SE Frau Eggeling fragt hierzu, ob die AGH-Maßnahmen in die Berechnung der sechs Jahre mit einfließen.

Herr Viereck erklärt, dass diese Konstellation möglich sei. Menschen aus den AGH-Maßnahmen können teilnehmen.

RM Frau Heuser merkt an, dass im Bericht der Kurzbericht 2017 erwähnt werde. In der Presse stand, dass jeder vierte Geflüchtete bundesweit in Arbeit gekommen sei. Sie fragt, ob man das auch für Köln sagen könne.

Herr Viereck teilt mit, dass für das Jahr 2017 ca. 10 % der Menschen mit dem Attribut „Flucht“ in Arbeit gekommen seien.

RM Frau Heuser bittet um eine schriftliche Ausfertigung der genauen Zahlen.

SE Frau Hollmann fragt, welche Menschen diese Förderung betreffen würde und ob es schon eine konkretere Planung hierzu gebe, da dies auch Kosten verursache.

Herr Viereck führt aus, dass für fünf Jahre ein Volumen von 4 Milliarden Euro vorliegt. Das Jobcenter Köln rechne geschätzt mit ca. 18 Millionen Euro pro Jahr. Menschen, die in den letzten sieben Jahren mindestens sechs Jahre Leistungen nach dem SGB II bezogen haben, fallen hierunter. Aktuell warte das Jobcenter Köln auf die genauen Zahlen aus der Zentrale.

SB Herr Dr. Schulz fragt, ob zu den Leistungen auch die aufstockenden Leistungen und die Beihilfe zum Wohnen zugezählt werden.

Herr Viereck erläutert, dass die aufstockenden Leistungen nach der aktuellen Lesart dort ausgenommen zu sein scheinen.

SB Herr Dr. Schulz bedauert das, da diesen Menschen mit dieser Förderung sehr gut geholfen werden könne.

SE Frau Eggeling resümiert, dass wenn „Aufstocker“ ausgenommen werden, dass diese für ihre Bemühung zusätzliches Geld zu verdienen auf diese Art und Weise „bestraft“ werden.

Herr Viereck antwortet, dass er die Intention der Gesetzgebung nicht kenne. „Aufstocker“ seien ausgenommen. Es werde auch im Referentenentwurf erwähnt, dass kurzzeitige Arbeit unschädlich sei. Das lasse den Rückschluss darauf zu, dass längerfristige Arbeitsverhältnisse schädlich seien.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

9.1 Anfragen und Beantwortungen

9.1.1 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Steigende Kosten für das Flüchtlingszentrum „Fliehkraft“" AN/0599/2018

Beantwortung der Anfrage der Fraktion DIE LINKE AN/0599/2018 - Steigende Kosten für das Flüchtlingszentrum „Fliehkraft“ 1559/2018

RM Herr Detjen merkt an, dass es anscheinend ein Kommunikationsdefizit zwischen Trägern und Verwaltung gebe. Im Prinzip gebe es ein Defizit bei „Fliehkraft“ und diese hätten den Antrag bis zum 31.05.2018 stellen müssen. Sofern fragt er, ob es möglich sei, mit „Fliehkraft“ in Verbindung zu treten und zu erörtern, ob das geheilt werden könne.

Des Weiteren weise er darauf hin, dass es in dem Objekt Turmstraße 3 – 5 auch einen externen Träger gebe, der ebenfalls eine vergünstigte Miete erhalte. Daher erhoffe er sich, dass die Möglichkeit bestehe, „Fliehkraft“ entgegen zu kommen.

Frau Rehberg, Leiterin Diversity antwortet, dass es nicht um den Antrag gehe, sondern um den Verwendungsnachweis. Dieser sei inzwischen auch nachgereicht und die Verwaltung sei in Gesprächen mit dem Träger. Es werde versucht, dieses Problem zu lösen. Dass dort ein weiterer Träger sei, der vergünstigte Miete erhalte, wisse sie

nicht, aber mit dem Hinweis werde die Verwaltung auf die Gebäudewirtschaft zugehen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

9.1.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Unterbringung von Flüchtlingen" AN/0775/2018

Beantwortung betreffend "Unterbringung von Flüchtlingen" 1901/2018

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold bemängelt, dass der Fragetext seiner Fraktion geändert wurde. Aus „ebenso sind alle Fälle aufzulisten“ wurde „dabei sind alle Fälle aufzulisten“.

Frau Adams antwortet, dass das bemerkt wurde, sich das jedoch nicht auf die Beantwortung auswirke.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold bittet um Beantwortung der dritten Frage nach der Liste der Beherbergungsbetriebe. Hier fehlen Eigentümer, etwaige Kündigungsklauseln, Liste der Objekte etc. Seine Fraktion bittet hier um Korrektur der Beantwortung.

Frau Adams teilt mit, dass die Frage anders gelesen wurde. Sie sichert zu, dass diese im Nachgang vollständig beantwortet werde in Bezug auf die 28 Standorte mit Einzelwohnungen, Ein- und Mehrfamilienhäusern und auch die Verträge, die nicht zustande gekommen sind.

Der Fragesteller bittet die Verwaltung um Überarbeitung.

9.1.3 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Nutzung von Leichtbauhallen" AN/0952/2018

9.2 Thema Flüchtlingsunterbringung 1335/2018

RM Herr Detjen sagt, dass die Mitteilung mittlerweile vier Wochen alt sei. Daher fragt er, ob es aktuelle Zahlen gebe, wie viele Personen auf Grundlage der Gebührensatzung Befreiungsanträge stellen mussten.

Die Hälfte der Anträge sei positiv beschieden worden. Er habe sich erhofft, dass die Zahl deutlich höher sei.

Die Gebührenbefreiung bei der Unterbringung in den Hotels sei besonders kompliziert und das sei mehr als unbefriedigend. Bei diesem Bereich der Personen, die im Hotel wohnen und das selbst bezahlen müssen, fragt er, in wie fern da ein Stau entstanden sei, wodurch viele Geflüchtete zahlen müssen.

Frau Adams nennt die aktuellen Zahlen. Es gebe mittlerweile 262 Anträge, wovon 161 genehmigt seien. Es habe 40 Ablehnungen gegeben, 60 weitere seien in Bearbeitung und einer wurde zurückgezogen.

RM Herr Detjen merkt an, dass nur etwas mehr als die Hälfte eine positive Bescheidung bekommen. Dies sei bedauerlich.

Frau Adams erläutert, dass die Härtefallregelung für Geflüchtete Anwendung findet, die sich bereits in Arbeit befinden oder künftig eine Arbeit aufnehmen werden.

Für die in Hotels untergebrachten Geflüchteten findet die Härtefallregelung keine Anwendung. Diese Menschen müssen sich entweder um eine eigene Wohnung bemühen, ggfls. auch mit Hilfe des Auszugsmanagements. Alternativ kommt eine Unterbringung in den städtischen Wohnheimen in Betracht. Um die Sinnhaftigkeit der Arbeitsaufnahme nicht in Frage zu stellen, ist das Amt für Wohnungswesen ab dem Zeitpunkt des Bekanntwerdens der Arbeitsaufnahme bemüht, Alternativunterbringungen zu beschaffen. Im Falle der Unterbringung in städt. Wohnheimen, können die Geflüchteten von der Härtefallregelung profitieren.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold wundert dieser Umstand, da es sich für Menschen, die aktuell in Hotels leben, nicht lohne Arbeit aufzunehmen.

Frau Adams bestätigt das im Grunde und gibt an, dass daher das Ziel sei, diese Menschen aus den Hotels zu nehmen.

RM Herr Detjen fragt, was die Verwaltung Besonderes mache bei der Hotelproblematik. Laut Statistiken vom Auszugsmanagement sei der Anteil von den Leuten, die aus Hotels in Wohnungen kommen, unterdurchschnittlich.

Frau Adams erläutert, dass das Auszugsmanagement eine umfassende Liste mit Geflüchteten abzuarbeiten habe. Besonders problematische Konstellationen seien im Vordergrund, insbesondere gesundheitliche und psychische Problematiken, unabhängig davon, wo diese Menschen aktuell wohnen. Es können Hotelfälle dabei sein, aber auch Menschen, die aktuell in Notunterkünften und Wohnheimen leben.

RM Frau Heuser sagt, dass trotzdem Fälle dabei seien, die in diese prekären Situationen geraten. Sie fragt, was mit diesen geschehe.

Des Weiteren werde laut Ressourcenmanagement versucht, jedes Jahr ca. 300 Plätze aus den teuren Unterkünften auszulösen. Sie fragt, ob das dann vorrangig Selbstzahler seien.

Frau Adams antwortet, dass diese Menschen mit Einkommen bei Bekanntwerden unmittelbar ins Jobcenter weitergeleitet werden, damit die meist noch notwendige aufstockende Hilfgewährung sichergestellt werden kann.

Die Verwaltung versucht- wie oben beschrieben- parallel eine andere Unterkunftsform herbeizuführen, damit die Motivation zur Arbeit erhalten bleibe.

Der Abbau von 300 Hotelplätzen ist nicht identisch mit den Personen, die über Einkommen verfügen. Es werden zunächst hauptsächlich Hotelbetten bei Hoteliers abgebaut, mit welchen kurz- oder mittelfristig die Zusammenarbeit beendet werden soll, da diese schwierig seien oder Verträge auslaufen.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold merkt an, dass bei der Unterbringung in Wohnheimen 31 Anträge aufgrund von zu geringem Einkommen abgelehnt wurden. Da sei es dann unerheblich, ob diese eine höhere oder niedrigere Gebühr zahlen müssen, da diese von der öffentlichen Hand getragen werde.

Frau Adams stimmt dem zu.

RM Herr Detjen bemängelt, dass die Verwaltung die Politik in der damaligen Situation, als es um die Gebührenerhöhung ging, nicht gewarnt habe, dass die Gebührensatzung bei den Menschen in Hotels zu dramatischen Entwicklungen führen werde.

Er fragt, ob er es richtig verstanden habe, dass die Verwaltung sage, dass die Unterbringung in Hotels dazu führe, dass es sich nicht lohne Arbeit aufzunehmen.

Dies sei eine neue Diskussion in Sachen Hotelunterbringung, insbesondere da die Stadt seit Jahrzehnten eine hohe Zahl von Hotelunterbringungen habe.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold sagt, dass dies nicht die Verwaltung gesagt habe, sondern er.

Frau Adams sagt, dass die Gebührensatzung, die von der Politik beschlossen wurde, Hotels nicht umfasse.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau teilt mit, dass die Verwaltung ganz klar die Aussage getroffen habe, dass das Auszugsmanagement bei diesen arbeitsnahen Personen tätig werde, dies habe man im Fokus.

Bezüglich des WDR-Berichts vom 13.06.2018 wolle er darauf hinweisen, dass der Bericht sehr tendenziös sei. Die Verwaltung habe diesbezüglich vorläufig recherchiert und habe anderer Städte gefunden, die ähnliche Preise haben wie Köln. Die Kölner Raumsituation sei nicht zu vergleichen mit den anderen Städten in NRW, die in diesem Bericht erwähnt werden.

Wenn die vermeintlich teuren Hotels leergezogen werden würden, käme die Frage auf, wo diese Menschen nun gleichwertig untergebracht werden sollen. Wir haben ein spezielles Kölner Wohnraumthema, welches nicht vergleichbar sei mit den in dem Bericht aufgeführten Städten.

In dem Zusammenhang habe er in der Presse von RM Frau Hoyer gelesen, dass ihr die 300 Personen, welche pro Jahr aus Hotels ausgezogen werden sollen, ihr zu niedrig scheinen. Er dementiere dies, da Herr Ludwig mehrfach geäußert habe, dass er viel ehrgeiziger sei und eine deutlich höhere Zahl anstrebe. Hierzu können man auch auslaufende Verträge nutzen.

Es müssen Menschen in Unterkünfte untergebracht werden und die Verwaltung sei aktuell froh, dass diese Art der Unterbringungsmöglichkeit existiere.

RM Frau Hoyer entgegnet, dass sie Bezug auf den Bericht der Verwaltung genommen hatte und dementsprechend durchaus gesagt habe, dass die Verwaltung ambitiös sei und 500 Plätze freiziehen wolle. Daran messe sie die Verwaltung und nicht an den 300 Plätzen.

RM Herr Detjen sagt, er wolle nicht die Hotelunterbringung in Frage stellen. Die Verwaltung habe seit zehn Jahren den Fehler gemacht, dass sie hohe Hotelunterbringungen vorgehalten habe und nicht umgesteuert habe. Die Lösung wäre es gewesen, frühzeitig mehr zu bauen.

Frau Adams antwortet, dass die aktuelle Hotelliste dem Ausschuss vorliege. Es habe vor der Flüchtlingskrise nur einige wenige Hotels gegeben, die angemietet wurden. Aus der Liste sei ersichtlich, dass die meisten Hotels mit Beginn der Flüchtlingskrise dazugekommen seien.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold bittet darum den genannten Pressebericht des WDR dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau teilt mit, dass er eine Recherche in Auftrag gegeben habe. Deren Ergebnisse werden dem Ausschuss zeitnah mitgeteilt.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold bittet darum, die Internetlinks zu den beiden Presseberichten mit dem Beschlussprotokoll zu verschicken, da die Internet-Mediathek die Beiträge lediglich eine begrenzte Zeit zur Verfügung stelle.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**9.3 KOMM-AN
1725/2018**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**9.4 Bericht der drei Träger Auszugsmanagement für den Zeitraum
15.10.2015 - 31.12.2017
1516/2018**

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt vor Eintritt in die Tagesordnung, die Vorlage zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu schieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**9.5 Mitteilung einer Beantwortung der Anfrage "Schulbildung für junge Geflüchtete ab dem 19. Lebensjahr" (AN/1174/2017)
1846/2018**

RM Herr Hegenbarth teilt mit, dass auf Ministeriumsebene intensiv über die Härtefallregelung diskutiert werde. Er bittet darum, falls es hierzu Änderungen gebe, dass der Ausschuss entsprechend rechtzeitig informiert werde. Das Thema sei ein wichtiger Punkt.

Des Weiteren fragt er, wie oft diese Härtefallregelung angewandt worden ist.

Frau Rehberg sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

10 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten

**10.1 „Wie inklusiv ist das Quartier?“
hier: Generationengerechtigkeit und Barrierefreiheit zweier Wohnquartiere
1545/2018**

SB Herr Dr. Schulz bittet darum, dass der Ausschuss ebenfalls über den Fortgang des Projektes informiert werde.

SE Herr Dr. Dr. Mück schließt sich der Bitte für die Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik an.

SB Herr Ladenberger sagt, dass er wisse, dass erste Begehungen stattgefunden haben. Er fragt, ob hierzu bereits über einen Sachstand informiert werden könne.

Herr Dr. Bell teilt mit, dass in der Kannebäcker Siedlung die ersten drei Beteiligungsformate durchgeführt wurden.

Insgesamt sei es so, dass ca. 30 Menschen an den verschiedenen Formaten teilgenommen haben. Es wurde darauf gezielt, eine breite Beteiligung zu bekommen. Die meisten Anwesenden seien aber offensichtlich Deutsche gewesen, Migrationshintergrund sei kaum erkennbar gewesen. Dies sei enttäuschend und überraschend zugleich gewesen. Durch die persönliche Ansprache an den Haustüren habe man sich

erhofft eine repräsentativere Beteiligung zustande zu bekommen. Das nehme man zur Kenntnis und nehme das zum Anlass zu überlegen, wie nachgesetzt werden könne, die gewünschten Bevölkerungsteile zu erreichen, welche bisher nicht teilgenommen haben.

An der Berliner Straße verwende man bewusst den Ansatz mit Einzelpersonen ihre Alltagswege im Viertel zu begehen. So könne darauf geachtet werden, wo und welche Probleme es bei diesen Wegen gebe. Das habe sehr gut geklappt.

Sein Fazit ist, dass er jedoch nicht zufrieden sei, es müsse dringend nachgesteuert werden.

RM Frau Heuser regt an sich an den Integrationsrat zu wenden, da die Mitglieder dort einen großen Wirkungskreis in die entsprechenden Personengruppen hinein haben.

Herr Dr. Bell antwortet, dass man sich durch die direkte Ansprache versprochen habe, dass alle erreicht werden. Die Anregung nehme er aber gerne auf.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

11 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

11.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen

11.1.1 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Erläuterung von amtlichen Bescheiden in „Leichter Sprache“" AN/0463/2018

Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Erläuterung von amtlichen Bescheiden in „Leichter Sprache“" 1917/2018

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt die Vorlage zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu schieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

11.1.2 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Verbraucherberatung im Quartier : Jahresbericht 2017 und 2. Sachstandsbericht (0465/2018)" AN/0581/2018

Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen (AN/0581/2018) betreffend "Verbraucherberatung im Quartier: Jahresbericht 2017 und 2. Sachstandsbericht (0465/2018) 1488/2018

RM Frau Heuser bedankt sich für die Beantwortung.

RM Herr Detjen macht darauf aufmerksam, dass bei der Verbraucherzentrale vermehrt das Thema „Mietprobleme“ aufschlage. Dies müsse er zu bedenken geben. Außerdem sei das nicht das Thema der Verbraucherzentrale.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**11.1.3 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Angebote für Obdachlose"
AN/0646/2018**

**11.1.4 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zu TOP 12.1 der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 19.04.2018 zum Projektbericht Clearingstelle Migration und Gesundheit Köln
1721/2018**

RM Frau Heuser bedankt sich für die Beantwortung.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**11.1.5 Beantwortung einer mündlichen Nachfrage aus dem Ausschuss Soziales und Senioren am 19.04.2018 zum TOP 12.3 Mitteilung zur Veranstaltung "gesund & mobil im Alter"
1658/2018**

RM Frau Gärtner betont, wie wichtig es ihr sei, dass für das Jahr 2019 die Finanzierung zusammenkomme. Der Veranstalter wolle dies nun jährlich veranstalten, müsse allerdings jetzt bereits die Räumlichkeiten etc. verbindlich buchen. Sie vertraue der Aussage vom Beigeordneten Herrn Dr. Rau dass er sich Gedanken darüber mache, dass das finanziert werden könne.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**11.1.6 Beantwortung einer mündlichen Anfrage des SE Dr. Dr. Mück betreffend "Gewalt in der Pflege"
1840/2018**

SE Herr Dr. Dr. Mück bedankt sich für die Nachlieferung und für die Verbesserung. Er lobt auch, dass man einen Flyer für dieses Thema entwickeln möchte.

In der Vorlage stehe „in Ergänzung zur Vorlagennummer 1015/2018“. Dies halte er für unvorteilhaft. Wenn das so stehen bleibe, solle die ältere Vorlage um gewisse Angaben gekürzt werden, die zweifelhaft seien.

Des Weiteren werde berichtet, dass die Einrichtung des Bürgertelefons keine Nachfragen zum Thema „Gewalt in der Pflege“ vorliegen hatte. Er zweifle die Art, wie dort nachgehalten werde, an.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**11.1.7 Beantwortung einer mündlichen Nachfrage des RM Herrn Klausung betreffend "Ehrenamtskarte und Jugendleitercard (JuLeiCa)"
1938/2018**

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold fragt, ob die Möglichkeit bestehe, dass es mehr Vergünstigungen und Vorteile in Zukunft gebe. Er halte die Anzahl der Angebote für sehr niedrig.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

11.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen

11.2.1 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Obdachlosigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen" AN/0815/2018

**Beantwortung der Anfrage der Fraktion „Die Linke“ vom 22.05.2018 zum Thema „Obdachlosigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen.(AN/0815/2018)
1792/2018**

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt vor Eintritt in die Tagesordnung, die Vorlage zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu schieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

11.2.2 Anfrage der Gruppe "Bunt" betreffend "Arbeitsmarktintegration und Ausbildungsduldungen" AN/0940/2018

11.3 Mündliche Anfragen

1.)

RM Frau Heuser fragt nach dem Sachstand zum Projekt „Veedelslotse Kölnberg“

Herr Schumacher, Abteilungsleiter Fachstelle Wohnen, wirtschaftliche Hilfen und ResoDienste teilt mit, dass die Verwaltung im Gespräch mit der Caritas sei. Ein erstes Konzept liege bereits vor. Es werde überlegt, wie sich eine aktivierende Arbeit für die Bewohner in das Konzept einbringen lasse.

RM Frau Heuser fragt, ob das Geld vorliege.

Herr Schumacher antwortet, dass dies der Fall sei. Im Grunde genommen sei das dieselbe Situation wie bei der Männerberatung.

RM Frau Heuser fragt außerdem, wie lange das noch dauert.

Herr Schumacher sagt, dass er hierzu noch keine konkreten Angaben machen könne, tendenziell aber noch dieses Jahr.

2.)

SE Frau Reisinger fragt, wie der Stand der einzelnen integrierten Handlungskonzepte im Sinne von „Starkes Veedel – Starkes Köln“ sei, da es in der Landesregierung zu einigen Veränderungen kommen sei.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

3.)

SE Herr Dr. Dr. Mück fragt nach dem Sachstand des Aufbaus von Demenz-Netzwerken in Köln mit der Bitte die Antwort auch dem Gesundheitsausschuss zur Verfügung zu stellen. Insbesondere bittet er darum darauf einzugehen, ob es eine finanzielle Förderung durch die Stadt gebe und auf welche Dauer diese angelegt sei sowie welche Entwicklungskosten bislang auf die Stadt Köln zugekommen seien und welche Einsparungen sich andeuten.

Des Weiteren möchte er wissen, ob es ein übergreifendes Konzept zum Aufbau solcher Demenz-Netzwerke gebe oder ob jeder Stadtbezirk ein eigenes entwickle. Außerdem fragt er nach den Schwierigkeiten beim Aufbau dieser Netzwerke und welche Lösungswege es hierfür bereits gebe.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau antwortet, dass man gut aufgestellt sei, die detaillierte Antwort werde aber schriftlich nachgereicht.

4.)

RM Frau Gärtner knüpft an die Thematik des TOP 3.1 an. Ihre Fraktion wolle die Gelder gerne bereitstellen. Sie habe jedoch gehört, dass es überregionale Fördertöpfe für E-Rikschas gebe und ob man diese nicht einbeziehen könne. Es seien die einzelnen Einrichtungen aufgeführt. Die Träger seien dann selber zuständig für Wartung etc. Sie schlägt vor, die Rikschas zu poolen, sodass ein Träger der Beschäftigungsförderung beispielsweise für die Wartung zuständig ist, da dies ein sehr begrenztes Know-How sei.

RM Herr Scholz sagt, dass er sich gewundert habe, dass die aktuelle Vorlage rudimentär abweiche von dem damals im Rat beschlossenen Antrag. Er präferiere das Essener Modell. Dieses Modell wurde in Essen umgesetzt im Dreiklang mit Senioreneinrichtungen, Jobcenter und freien Trägern. Dies tauche in der Vorlage nicht auf und er fragt sich, wieso dies der Fall sei. Er hoffe, die Vorlage im September werde sich hierauf beziehen.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold wiederholt, dass die Vorlage im September erneut im Ausschuss behandelt werden soll und daher wolle er die Diskussion vertagen.

SE Frau Blümel teilt mit, dass die Träger die Rikschas bereits bestellt haben. Die meisten Träger wollen das mit Ehrenamtlern umsetzen, die Strukturen hierfür seien bereits vorhanden, da davon ausgegangen wurde, dass heute der Beschluss gefasst werde.

5.)

RM Frau Hoyer fragt, ob alle Hotels, die auf der bekannten Liste stehen, belegt seien.

Frau Adams antwortet, dass ein Hotel weiterhin nicht belegt sei, da es aktuell die bauaufsichtlichen Vorgaben noch nicht erfüllt.

6.)

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold sagt, dass in der Lokalzeit über den geplanten Bau einer Flüchtlingsunterkunft in Köln Niehl berichtet wurde, welche 5 Millionen Euro kosten solle. Ein Bauunternehmer habe ausgesagt, dass er selbiges in Dormagen bereits für 1,5 Millionen Euro gebaut habe.

Außerdem bittet er die Verwaltung auch den Internetlink zu diesem Bericht dem Beschlussprotokoll hinzuzufügen.

Frau Adams teilt mit, dass es sich hierbei um einen Systembau handle, welcher in der Pastor-Wolff-Straße entstehen soll. Dieser grenze direkt an ein Wohngebiet an. Aktuell laufe die Ausschreibung für den Systembau. Die kalkulierten Kosten liegen mit 5 Millionen Euro inklusive Planungsleistung und Außenanlagen im Normalmaß. Sie habe dem Bauunternehmer auch empfohlen, dass dieser sich auf die Ausschreibung bewerbe.

7.)

SB Herr Ladenberger sagt, dass in der letzten Sitzung eine Mitteilung zur blauen Plakette und E-Scootern vorgelegen habe. Er habe gehofft in dieser Sitzung darüber und über die Stellungnahme der KVB zum Thema Mitnahme in Bahnen diskutieren zu können. Diese sei nicht auf der Tagesordnung, daraus resultiere seine Frage, wann dies möglich sei.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau sagt zu, dass in der nächsten Sitzung im September eine diesbezügliche Stellungnahme der KVB vorliegen werde.

8.)

SE Herr Scheffer teilt mit, dass der Fall einer älteren Dame an ihn herangetragen wurde, welche Erwerbsminderungsrente beziehe und jetzt aufstockend die Grundsicherung nach SGB XII beantragt habe. Ihr wurde vermittelt, dass dies erst nach erfolgter Wohnungsbesichtigung gehe. Es ginge nicht um spezielle Bedarfe oder ähnliches. Daraus resultiere seine Frage, ob es korrekt sei, dass grundsätzlich bei Erstantragstellung Hausbesuche gemacht werden. Er fragt, ob diesbezüglich eine Dienstweisung existiere und wenn ja, ob man diese einsehen könne.

Herr Schumacher antwortet, dass er davon ausgehe, dass es sich um einen Besuch des Bedarfsfeststellungsdienstes handle. Dies sei ein Dienst des Sozialamts um Sachverhalte zu ermitteln. Dies geschehe aber nur dann, wenn Ermittlungen notwendig seien, standardmäßig sei dies nicht mehr der Fall. Er bietet an den Einzelfall genauer zu betrachten.

9.)

RM Herr Detjen sagt, dass es bezüglich der Begegnungsstätte bei der Bebauung in Blumenberg eine Anlage zur Vorlage im Rat gegeben habe, die besagt, dass die Begegnungsstätte in diesem Objekt nicht umgesetzt werden könne, da es alternativ stehe zu den rollstuhlgerechten Wohnungen. Er fragt nun, ob das endgültig sei oder ob man an anderer Stelle eine Begegnungsstätte in Blumenberg etablieren könne.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau korrigiert, dass in der Anlage nicht stehe, dass dies nicht möglich sei. Die Anlage weise lediglich darauf hin, dass durch die Begegnungsstätte weniger barrierefreier Wohnraum zur Verfügung stehen könne und der Gesamtpreis höher werde.

Er fügt hinzu, dass er selbst gesagt habe, dass nicht nur Flüchtlinge in die Quartiere gebracht werden sollen, sondern auch eine Infrastruktur. Eine Begegnungsstätte sei somit in seinem Sinne. Dennoch sei die Quintessenz, dass mehr öffentlicher Raum weniger individueller Raum bedeute. Die Verwaltung prüfe aber genau das weiter.

12 Mitteilungen

12.1 Erste Ergebnisse nach Erweiterung der Öffnungszeiten der Kontakt- und Anlaufstelle sowie Drogenkonsumraum am Hauptbahnhof (KAD 1) 1710/2018

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold sagt, dass er entgegen des Presseartikels der Meinung sei, dass der Raum angenommen werde, was man an den gestiegenen Zahlen der Nutzung sehen könne.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

12.2 Informationskarten für Seniorinnen und Senioren 1748/2018

SE Herr Dr. Dr. Mück merkt an, dass die Seniorenvertretung sich seit vielen Jahren darum bemühe darauf aufgenommen zu werden. In den Verlautbarungen der Stadt Köln könne nachgelesen werden, dass die Seniorenvertretung die Angehörigen der eigenen Generation berate. Dennoch werde diese dort nicht aufgenommen.

Er bittet darum, dass die Seniorenvertretung zukünftig dort aufgenommen wird.

Des Weiteren sei das Layout sehr unübersichtlich. Bei den wichtigen Telefonnummern rege er an, solle auch das Bürgertelefon hinzugefügt werden.

Laut der Verlautbarung der Stadt Köln heiße es, dass es sich um ein handliches Infoblatt handle. Dieses bekomme jedoch ein sehr unhandliches Beiblatt. Er empfiehlt bei einer Neuauflage beides zu verbinden.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau antwortet, dass die Karten bereits gedruckt wurden. Außerdem liege ein Schreiben an die Seniorenvertretung von der damaligen Sozialdezernentin Frau Reker aus dem Jahr 2014 vor, wo sie auf diese Punkte eingegangen sei. Letztendlich könne die Politik aber eine Neugestaltung der Seniorenkarte mit einem Antrag beschließen.

RM Herr Detjen schlägt vor, dass ein Beschluss der Seniorenvertretung herbeigeführt werde, der dann an den Sozialausschuss gerichtet werde. Dann könne sich inhaltlich tiefergehend damit befasst werden.

SE Frau Hollmann findet, dass die Kritik gerechtfertigt sei. Es müsse nicht die aktuelle Auflage neu gemacht werden, aber zumindest für die Zukunft sei das eine gute Anregung.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold bittet darum, dass der Ausschuss ein Exemplar hiervon zur nächsten Sitzung vorgelegt bekommt.

RM Frau Hoyer korrigiert, dass nicht die Seniorenvertretung sich an den Sozialausschuss wenden müsse, sondern die Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik.

SE Herr Scheffer unterstreicht die Kritik von SE Herr Dr. Dr. Mück. Es liege so viel Informationsmaterial aus, so etwas jedoch gehe da unter. Er regt an, zu überlegen, ob man diese Seniorenkarte nicht prominenter gestalten könne und sie somit auch besser platziert werden könne.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

12.3 Aufwandsentschädigung, Sitzungsgeld und Unterstützung von Gremienmitgliedern 1724/2018

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold stimmt der Vorlage zu, dass es viele Arbeitskreise und Beiräte etc. in dieser Stadt gebe. Dennoch liege das Augenmerk des Ausschusses auf die Stadtarbeitsgemeinschaften. Insbesondere Menschen mit

Handicap haben deutlich erhöhte Kosten zu tragen, um an den Sitzungen teilzunehmen und das müsse beachtet werden.

RM Frau Heuser sagt, dass der Ausschuss bereits mehrfach eine Beschlussvorlage angefordert habe und sie schlägt daher vor, dass die Verwaltung eine Gesamtdarstellung mache, wie man dieses Thema umsetzen könne. Dabei solle besonders beachtet werden, dass die Stadtarbeitsgemeinschaften bei dem Vorschlag berücksichtigt werden.

Frau Dr. Offelder, Leiterin Verwaltung, Recht, Personal antwortet, dass die Anregungen von der SPD-Fraktion in einem Antrag, der am Montag in den AVR gehe, aufgegriffen wurden, mit einem Beschlussvorschlag die entsprechenden Gremien zu beteiligen. Hintergrund der vorliegenden Mitteilung sei gewesen, dass eine Rechtsgrundlage vorliegen müsse, bevor eine Auszahlung vorgenommen werden könne. Für den Integrationsrat habe man das selbst regeln können, für die anderen nicht. Natürlich können freiwillige Leistungen in den Haushalt eingestellt werden und die Satzung geändert werden. Mit dem Beschluss des AVR werde die Verwaltung das auch aufgreifen.

SB Frau Schmerbach sagt insbesondere vor dem Hintergrund des Antrages ihrer Fraktion sei sie über die Aufstellung in der vorliegenden Vorlage irritiert. Die hier aufgelisteten Beiräte etc. seien nicht vergleichbar mit der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik. Diese benötige eine finanzielle Unterstützung, um überhaupt aktiv mitwirken zu können.

RM Herr Detjen macht darauf aufmerksam, dass der Sozialausschuss am 19. April die Verwaltung beauftragt habe, eine Beschlussvorlage zu erstellen. Diese Beschlussvorlage liege nicht vor, daher schlage er vor, diesen Beschluss als Ausschuss zu bekräftigen.

Die Stadtarbeitsgemeinschaften könne man nicht mit Beiräten etc. gleichstellen. Bei den Stadt-AGs gehe es um Anerkennung und Würde. Das sei auch das, worum es der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik gehe. Das könne nicht mit beispielsweise dem Rahmenplanungsbeirat Braunsfeld gleichgesetzt werden. Es werde für diese Gruppen etwas Besonderes gewollt und nicht für alle, da diese Gruppen auch besonders unterstützt werden müssen.

Frau Dr. Offelder teilt mit, dass in der Hauptsatzung der Stadt Köln es so geregelt sei, dass die Stadtarbeitsgemeinschaften nach § 23a Abs. 2, bzw. § 23b Abs. 2 nur Stellungnahmen für Ratsbeschlüsse vorbringen.

Es sei lediglich eine Auflistung der Gremien vorgenommen worden, um einen Gesamtüberblick zu schaffen. Das sei keinerlei Wertung, sondern eine Grundlage um hinterher einen Antrag stellen zu können.

Sie werde aber noch einmal im Einzelnen prüfen, ob doch eine Beschlussvorlage vorgelegt werden könne.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold sagt, dass er darum bittet, dass diese Prüfung bis zur Septembersitzung abgeschlossen sei, sodass man eventuell beschließen könne.

RM Frau Schwab verweist auf den Minderheitenschutz. Sie finde es schade, dass Beiräte etc. in die gleiche Kategorie gesteckt werden. Sie spreche sich ganz deutlich dafür aus, dass Integrationsrat und die Stadtarbeitsgemeinschaften gleich behandelt werden. In der Beschlussvorlage im September seien hoffentlich die Beiräte etc. nicht aufgelistet oder maximal als Alternative vorgeschlagen.

RM Frau Hoyer bekräftigt, dass sich alle einig seien, dass diese umfangreiche Auflistung keinen Sinn ergebe. Sie kenne den Antrag im AVR nicht, aber es müsse vom System her eine einheitliche Lösung gefunden werden. Es müsse auch einheitlich sein, ob es Aufwandsentschädigungen seien oder ob Sitzungsgeld ausgezahlt werden solle.

SB Herr Ladenberger teilt mit, dass die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik diese Mitteilung sehr unjuristisch sehr emotional aufgenommen haben. Diese sei sehr tragisch für die Mitglieder, insbesondere im Kontext zur Anerkennung, Schätzung und Würdigung der gemachten Arbeit. Die Begründung der fehlenden Legitimation war insbesondere sehr erschütternd. Er könne natürlich nachvollziehen, dass sich diese Argumentation anbiete, wenn man etwas verhindern wolle. Erneut betont er, dass Partizipationsarbeit der Menschen mit Behinderung sich anders gestaltet als die Mitarbeit in Beiräten usw.

Des Weiteren empfiehlt er, dass sich eine entsprechende Konstruktion in Münster angeschaut werde. Dort sei es durchaus gelungen entsprechende Entschädigungen für die Mitglieder zu zahlen. Die Verwaltung solle dringend einen Blick dorthin werfen, um dies als Modell zu nehmen, wie diese Thematik sauber realisiert werden könne.

SE Frau Brauckmann bestätigt, dass die Gefühlslage bei der Stadtarbeitsgemeinschaft LST ähnlich gewesen sei. Diese Antwort könne nicht befriedigend sein. Es sei auch nicht von Vorteil, wenn diese Gruppen unterschiedlich gewichtet werden.

RM Herr Hegenbarth erläutert, dass in dem Antrag im AVR explizit auf die Sitzung des Sozialausschusses vom 19. April Bezug genommen werde. Daher bitte er darum, dass diese Diskussion auch an den AVR geleitet werde.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold merkt an, dass es nicht möglich sei einen Beschluss zu fassen, da es sich hier um eine Mitteilung handelt.

RM Frau Heuser sagt, dass im April alle Fraktionen beschlossen haben, dass auf die Beschlussvorlage gewartet werde. Daher wundere sie sich, dass von den Antragstellern im AVR nicht die Einladung gekommen sei, diesen Antrag fraktionsübergreifend zu stellen, insbesondere da er auch haushaltsmäßige Auswirkungen habe.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

12.4 Bericht über die Entwicklung von Ausreisen und Abschiebungen ausreisepflichtiger Personen (I/2018) 1767/2018

RM Herr Detjen merkt an, dass es laut Statistik 199 Abschiebungen im letzten Jahr gegeben habe. Von den 199 Abgeschobenen seien lediglich 13 Personen Straftäter gewesen. Es werde immer argumentiert, dass abgeschoben werde, um Straftäter abzuschieben. Hier sehe man, dass dies nicht der Fall sei und somit zu viel abgeschoben werde.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

12.5 Bericht über die örtliche Planung nach § 7 Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW) 1656/2018

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt vor Eintritt in die Tagesordnung, die Vorlage zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu schieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

12.6 Aufhebung des Vergabeverfahrens „Hausmeister- und Sicherheitsdienstleistungen in den Einrichtungen für obdachlose Personen und den Übergangwohnheimen für Aussiedler und ausländische Flüchtlinge der Stadt Köln“ 1940/2018

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

12.7 Neues Amt für Integration und Vielfalt 1828/2018

RM Frau Heuser sagt, dass dies dazu führe, dass der Zuschnitt von vielen Dezernaten verändert werde, insbesondere von Dezernat V. Diese veränderten Zuschnitte bedürfen einen Ratsbeschluss und daher fragt sie, wann mit diesem zu rechnen sei.

SB Herr Dr. Schulz teilt mit, dass er das Thema mit großem Interesse verfolge. Trotz aller Anstrengungen sei es in der Vergangenheit nicht gelungen allen Gruppierungen genügend Anerkennung zu zeigen.

Er unterstütze, dass diese Anerkennung auch gezollt werde. Dennoch interessiere es ihn, was die Motivation der Oberbürgermeisterin sei, diese Thematik aus dem Sozialdezernat herauszunehmen, inwieweit das mit dem Sozialdezernenten abgestimmt sei und wie es zukünftig mit der Berichtserstattung für den Sozialausschuss aussehe.

SB Herr Ladenberger merkt an, dass es bereits Gespräche mit der Referentin der Oberbürgermeisterin und der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik gegeben habe. Die Fragen, welche die Stadtarbeitsgemeinschaft gehabt habe, seien in der Mitteilung zum größten Teil beantwortet. Der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik sei es wichtig, dass in der Ämterhierarchie der Behindertenbeauftragte anders angesiedelt sei. Daher fragt er nach den Auswirkungen für den Durchgriff und welche Stellung das Büro des Behindertenbeauftragten habe.

Nach der Geschäftsordnung sei der Dezernent der Vorsitzende der Stadtarbeitsgemeinschaften. Das sei jedoch auf Folie 4 der Präsentation anders dargestellt. Hier sei nicht mehr die Oberbürgermeisterin, welche in dem Fall die Position des Dezernenten darstelle, sondern die Amtsleitung vorsitzend. Das sei ein großer Unterschied.

Man könne durch die Ansiedlung beim Büro des Behindertenbeauftragten die Geschäftsführung der Stadtarbeitsgemeinschaft um formale Akte entlasten.

Des Weiteren fragt er, wie die strategische Steuerung personell abgebildet werde und wie andere Bereiche mit einbezogen werden.

SE Frau Brauckmann schließt sich den Worten ihres Vorredners an. Die Planung für diese Veränderung gebe es schon länger. Sie fragt, welchen Stellenwert das Thema Diversity bekomme, da das Wording in dem Konzept nicht so hoch anzusiedeln sei. Außerdem fragt sie, wie die Fachstelle LST eingebunden werde und ob ein Weisungskonzept vorgesehen sei. Eine weitere Frage sei, welche personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, wofür „gebündelte Gremienbetreuung“ stehe und mit welchen Kompetenzen die Gremien zukünftig ausgestattet seien.

Herr Oster, Leiter Flüchtlingskoordination erläutert, dass die Vorlage ein sehr frühes Exemplar eines Organisationsplanes darstelle, mit Stand vom 01.06.2018. Die Projektgruppe hierzu habe das erste Mal am 23.05.2018 getagt. Es sei ein Anliegen der Verwaltung, die Politik frühzeitig zu informieren. Von den geplanten Änderungen seien insgesamt vier Dezernate betroffen. Es seien jedoch keine gravierenden Änderungen, somit sei kein Ratsbeschluss notwendig.

Hintergrund der Diskussion, die geführt wurde, sei gewesen, dass der Stellenwert den die beiden Gremien haben, erhöht werden solle und es solle gleichzeitig eine kompatible Lösung innerhalb der Verwaltung angestrebt werden. Die Motivation der Oberbürgermeisterin zur Angliederung an ihr Dezernat kenne er nicht. Sie habe die Entscheidung getroffen und er denke, dass das eine gute Entscheidung zum richtigen Zeitpunkt sei.

Er könne keine abschließende Antwort auf alle gestellten Fragen geben. Beispielsweise zur Gremienarbeit, da man diese nicht mit der normalen Gremienarbeit eines Ausschusses vergleichen könne. Die gegebenen Anregungen und die Sicht der Dinge hierzu werde in einer der Projektgruppen mit eingebracht. Die Personen, die die Geschäftsführung machen, leisten eine viel intensivere Vorbereitung und Begleitung der Mitglieder dieser Gremien. Das solle so bleiben und hierzu werde man im Organisationsmodell auch eine Lösung finden.

Den Vorsitz in den Stadtarbeitsgemeinschaften werde die Oberbürgermeisterin, Frau Reker nicht einnehmen können. Die Frage des Vorsitzes werde man aber gelöst bekommen und er werde abstimmen, ob hier auch eine andere Lösung möglich sei, als die bisher aufgezeigte.

Es könne erst gesagt werden, welche Ressourcen konkret für welchen Bereich zur Verfügung stehen, wenn die Projektgruppe mehrfach getagt habe und die Aufgaben konkret beschrieben wurden, da auch die bisherige Dienststelle Diversity Steuerungsaufgaben wahrgenommen habe.

Es war der Verwaltung wichtig, die Politik vor der Sommerpause mit ersten Informationen auszustatten. Vorgesehen sei, dass in der Sommerpause die Zeit genutzt werde, um intensiv die Planung voranzutreiben und in der ersten Sitzung nach der Sommerpause die Politik mit einem aktuellen Sachstand zu informieren, hierzu biete er auch eine ausführliche Präsentation an.

RM Herr Detjen sagt, dass es bereits vor 2015 die Diskussion gegeben habe, dass alles unter Diversity gebündelt werden solle. Das habe dann trotzdem nicht stattgefunden. Dann rutschte Diversity unter den Sozialdezernenten und noch darunter der Behindertenbeauftragte und LSBTI eine Position tiefer. Somit waren diese nicht mehr direkt beim Dezernenten angesiedelt. Jetzt ändern wir das aktuell und es bleibt in dieser niedrigeren Position. Die optimale Lösung sei, sowohl den Behindertenbeauftragten, als auch LSBTI höher anzusiedeln.

RM Frau Hoyer schließt sich den Ausführungen an, jedoch mit einem anderen Ergebnis. Das Thema sei seitens der Politik ausführlich diskutiert und es wurde die Punktdienststelle Diversity mit der Überlegung eingerichtet, alles unter ein Dach zu bringen. Bei dem Titel Integration und Vielfalt habe man jetzt schon insbesondere mit Hinblick auf den Titel Diversity eine Differenzierung. Ihre Fraktion habe sich schwer getan. Es sei so, dass bestimmte Überlegungen und Strategien anders rüberkommen durch den anderen Namen.

RM Frau Heuser äußert ihre Meinung, dass es wichtig sei, dass Migration und Integration hoch aufgehoben werden und einen Status erreichen, der zumindest für einen

gewissen Zeitraum ein ziemliches Gewicht erhalte. Problem darin sei, was alles darunter falle.

Auf Folie 4 sei der Integrationsrat nicht mehr zu finden, aber bei der Amtsleitung unter strategische Steuerung seien die Stadtarbeitsgemeinschaften Behindertenpolitik und LST aufzufinden. Aber genau das sei die Aufgabe von Diversity gewesen. Sie habe ein Problem damit, wo jetzt der Integrationsrat angesiedelt werde. Dieser sei anders zu bewerten wie Arbeitsgremien, wie beispielsweise der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen. Eine strategische Steuerung müsse teilweise in den einzelnen Bereichen stattfinden, weil das auch zur Landesförderung gehöre. Das sei eine Aufgabe, die das Land aufgabe. Sie könne die Intention verstehen, aber ob die Art der Umsetzung zielführend sei, halte sie für fraglich.

Herr Oster antwortet, dass die Vorlage ein erster Entwurf sei. Mittlerweile sei die Verwaltung wieder ein Stück weiter. Die Frage, ob der Integrationsrat auch bei der gebündelten Gremienbetreuung anzusiedeln sei, sei noch offen. Selbiges gelte beim Steuerungsblock. Hier seien bereits Termine mit der Dienststelle abgestimmt um zu schauen, wo dieser Bereich am besten angesiedelt werden könne.

Bezüglich des Namens Integration und Vielfalt könne er nicht beurteilen, ob der Name Punktdienststelle Diversity erklärender gewesen sei. Für die Verwaltung umfasse die Vielfaltsgesellschaft Köln den Integrationsbegriff. Dies wurde bewusst nebeneinander gestellt.

RM Frau Hoyer entgegnet, dass es nicht darum gehe, dass der Begriff Diversity griffiger sei, sondern dass hier ein gewisser Gedankengang dahinterstecke.

SE Frau Hollmann ist der Meinung, dass der Interkulturelle Dienst besser zum Jugendamt gehöre, da dadurch viel besser die Leistung und Entwicklung im Jugendamt beurteilt werden könne. Hier entstehen dadurch nicht mehr die Synergien, die es bisher gebe. Zu Beginn werden die Kolleginnen und Kollegen noch das Wissen haben, aber auch das verliere sich mit der Zeit und das müsse beachtet werden.

SE Frau Maleki-Balajou ergänzt, dass sie sich die Vorlage im Integrationsrat gewünscht hätte, um dort ebenfalls diese Diskussion zu führen.

Herr Oster teilt mit, dass die Oberbürgermeisterin Frau Reker auf Dienstreise gewesen sei und man somit nicht mehr kurzfristig die Ausschüsse erreichen konnte. Es sei das Ziel gewesen, die Vorlage absolut kurzfristig als Tischvorlage einzureichen. Die Vorlage konnte jedoch erst Dienstagmorgen schlussgezeichnet werden, somit sei es für den Integrationsrat bereits zu spät gewesen. Die nächste Vorlage nach der Sommerpause werde aber auch den Integrationsrat erreichen.

Bezüglich des Interkulturellen Dienstes habe man mit der Jugenddezernentin gesprochen. Es werde zu dem Thema Integrierung des Interkulturellen Dienstes eine Unterarbeitsgruppe geben bezüglich d Schnittstelle. Es werde die Aufgabe des neuen Amtes sein, die Arbeit übergreifend über die Dezernate hinzukriegen und zu schaffen. Räumlich werde der IKD weiterhin in den Bezirken sein, um das zu vereinfachen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold beendet die Sitzung um 18:50 Uhr.

Paetzold (Vorsitzender)

Heuser (stllv. Vorsitzende)

Diener (Schriftführer)